

Die Herde denkt anders

SPIEGEL-Umfrage unter deutschen Katholiken über den Hirtenbrief

Die katholischen Bischöfe der Bundesrepublik wollen der CDU/CSU bei der Wahl am 5. Oktober zu einer Mehrheit verhelfen, aber sie haben bei dieser Aktion nur eine Minderheit der Katholiken auf ihrer Seite.

Dieses Ergebnis brachte in der vergangenen Woche eine Blitzumfrage des Bielefelder Emnid-Instituts für den SPIEGEL. Befragt wurden knapp tausend Männer und Frauen, repräsentativ für die 16 Millionen erwachsenen Katholiken in der Bundesrepublik.

81 von 100 Befragten hatten von dem Hirtenbrief „gehört oder gelesen“. Abgesehen von der Enzyklika, mit der Papst Paul VI. im Jahre 1968 den katholischen Frauen die Pille verbot, dürfte es schon seit Jahrzehnten keinen kirchlichen Text gegeben haben, der binnen weniger Tage so viele deutsche Katholiken beschäftigte.

Den Wortlaut hatten allerdings nach der „Frankfurter Rundschau“ nur wenige andere Zeitungen veröffentlicht. Deshalb schilderten die Emnid-Interviewer die strittigsten Punkte des kirchenamtlichen Textes:

In dem Hirtenbrief kritisieren die Bischöfe, daß „vielen ungeborenen Kindern das Recht auf Leben verweigert wird“, und sie kritisieren in diesem Zusammenhang die jetzige Fassung des Paragraphen 218. Sie kritisieren ferner, daß staatliche „Gesetze die Ehescheidung begünstigen“, und sie kritisieren schließlich, daß es in der Bundesrepublik „eine gefährlich hohe Staatsverschuldung“ gebe.

Je 23 von 100 Katholiken gehen „jeden oder fast jeden Sonntag“ oder „mindestens einmal im Monat“ zur Kirche. Mithin können die Bischöfe in weitem Sinne 46 von 100 Katholiken zum Kirchenvolk zählen.

Aber zu welchem Aspekt des Hirtenbriefs Emnid die Meinung der deutschen Katholiken auch erforschte,

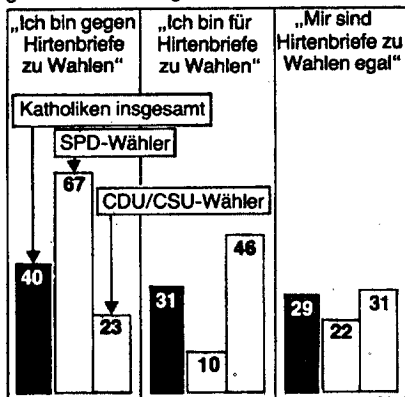
Wahlhilfe für die CDU/CSU?

In einer Blitzumfrage ermittelte das Bielefelder Emnid-Institut vergangene Woche für den SPIEGEL die Ansichten der deutschen Katholiken über den Hirtenbrief der katholischen

Bischöfe zur Bundestagswahl 1980. Die Ergebnisse wurden auch für Teilgruppen je nach Parteipräferenz und Kirchenverbundenheit ermittelt.

Dafür oder dagegen?

Drei Antworten standen zur Wahl, um die allgemeine Einstellung zu erforschen.



Politisch neutral?

Den Befragten wurden die Hauptthemen des Hirtenbriefes genannt (Abtreibung, Ehescheidung, Staatsverschuldung), gebeten wurde um ein Urteil über diesen Inhalt des Hirtenbriefes.

Entspricht „der Ansicht der SPD und FDP“

12

Entspricht „der Ansicht der CDU/CSU“

63

„Ist parteipolitisch neutral“

25

An 100 fehlende Prozent: keine oder andere Antworten

Gehen die Bischöfe zu weit?

Umstritten ist, ob die Bischöfe zu weit gegangen sind. Dazu die Ansichten der deutschen Katholiken:

Katholiken insgesamt SPD-Wähler
 CDU/CSU-Wähler

„Die Bischöfe sollen allenfalls mahnen, die Wahl ernstzunehmen“

40
68
22

„Abtreibung und Ehescheidung sind Themen für einen Hirtenbrief, Staatsverschuldung nicht“

29
25
32

„Den Bischöfen muß überlassen bleiben, zu welchen Fragen sie sich äußern“

7
31
46

Werden Sie selbst nun anders wählen?

Nur 15 von 100 deutschen Katholiken erklärten vergangene Woche, daß ihre Entscheidung für die Bundestagswahl noch nicht feststeht. Auf die Frage, ob „der Hirtenbrief ihre Wahlentscheidung beeinflussen wird“, antworteten von dieser Teilgruppe:

„Nein, wird meine Entscheidung nicht beeinflussen“

10

„Ja, wird meine Entscheidung beeinflussen“

4

Die Themen der Bischöfe

Deutschlands Katholiken über Abtreibung, Ehescheidung, Staatsverschuldung

Über Abtreibung und Ehescheidung sind die meisten Katholiken anderer Ansicht als die Bischöfe in ihrem Hirtenwort zur Bundestagswahl. Die Antworten differieren je nach Nähe oder Distanz zur Kirche.

▨ = Katholiken insgesamt
 Teilgruppen je nach Häufigkeit des Kirchganges:
 ■ = „Jeden oder fast jeden Sonntag“
 □ = „Mindestens einmal im Monat“
 □ = „Gelegentlich oder nie“

Mehr Freiheit für Schwangere?

Zum Schwangerschaftsabbruch stellte Emnid vier Antworten zur Wahl.

„Schwangerschaftsabbruch soll überhaupt nicht bestraft werden“

22
7
15
31

„Soll in den ersten drei Monaten erlaubt sein“

19
5
12
28

„Soll bei ärztlicher Empfehlung und bei schlechten sozialen Verhältnissen erlaubt sein“

32
34
35
29

„Soll nur erlaubt sein, wenn das Leben der Frau gefährdet ist“

27
54
38
12

Ehescheidung zu leicht?

Laut Hirtenwort „begünstigen“ die staatlichen Gesetze die Ehescheidung, sie sollen demnach verschärft, die Ehescheidung soll erschwert werden. Dazu die Ansichten der katholischen Bundesbürger:

„Staatliche Gesetze sind richtig“

38
36
30
41

„Ehescheidung ist zu schwer“

19
10
13
26

Wer mindert Staatsschulden?

Zur Staatsverschuldung wurde gefragt, „wer das Problem besser in den Griff bekommen würde“. Die Antworten:

„Regierung der SPD/FDP mit Helmut Schmidt“

36
20
22
49

„Regierung der CDU/CSU mit Franz Josef Strauß“

61
79
72
49



in keinem einzigen Punkt fanden die Bischöfe die Zustimmung einer so großen Minderheit. Mit anderen Worten: Sonntags sitzen unter den Kanzeln mehr Katholiken, als den Bischöfen auf ihren politischen Abwegen folgen wollen. Die Herde denkt anders als die Hirten.

Nur 31 von 100 Katholiken sprachen sich für Hirtenbriefe zu Wahlen aus, weitaus die meisten sind entweder dagegen oder nehmen diese Schriftstücke sowenig zur Kenntnis wie andere Lebenszeichen der längst von ihnen verlassenen Kirche.

Ebenfalls nur 31 von 100 Katholiken bejahten den Inhalt des Hirtenbriefes einschließlich des Themas Staatsverschuldung. Die Mehrheit hält entweder nur Abtreibung und Ehescheidung für denkbare Themen oder meint, die Bischöfe sollten überhaupt schweigen oder die Katholiken nur mahnen, zur Wahl zu gehen.

Sogar nur 25 Prozent der Katholiken halten den Hirtenbrief für „parteilich neutral“. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit ist davon überzeugt, daß der Text „der Ansicht der Oppositionsparteien CDU und CSU entspricht“.

Und auch als nach den umstrittenen Themen des Briefes gefragt wurde, zeigte sich, daß die Bischöfe nur für eine Minderheit der Katholiken sprechen können.

So sind lediglich 27 von 100 Befragten wie die Oberhirten der Ansicht, daß der Abbruch einer Schwangerschaft „nur erlaubt werden soll, wenn das Leben der Frau gefährdet ist“ (so eine von vier Ennid-Antwortvorgaben).

32 von 100 Katholiken bejahten in etwa die heutige gesetzliche Regelung, weiteren 41 Prozent ist auch der neu gefaßte Paragraph 218 noch nicht liberal genug. Sie befürworten Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten (die sogenannte Fristenregelung) oder überhaupt.

Ob der Hirtenbrief „der CDU/CSU Stimmen bringen wird“ (wie 56 Prozent der Befragten meinen), ist zweifelhaft.

Für weitaus die meisten Katholiken kommt der Brief ohnehin zu spät. 62 von 100 wählen immer dieselbe Partei, weitere 22 von 100 haben sich diesmal schon festgelegt. Nur 15 von 100 hatten sich vorige Woche noch nicht entschieden.

Von ihnen bejahte zwar etwa jeder dritte die Frage, ob der Hirtenbrief seine Wahlentscheidung beeinflussen wird. Aber es bleibt durchaus offen, ob und wie dies geschieht.

Denn unter den Katholiken ist die Zahl der noch unentschiedenen Wähler um so höher, je größer ihre Distanz zur Kirche ist, je jünger sie sind und je entschiedener sie sich gegen den Hirtenbrief äußern.

Münsteraner Bischof Heinrich Tenhumberg (1979), war der Rechtsruck im Episkopat programmiert.

Seither begann unter Führung des Kölner Kardinals Höffner und des Döpfner-Nachfolgers auf dem Münchner Bischofsstuhl, Ratzinger, der Rücklauf zu alten Zeiten: Was sich katholisch nennt, soll auf den rechtgläubigen Standpunkt gebracht werden. Die Säuberung nach innen lief an.

In allen Diözesen wurde das Ehe- und Familienleben kirchlicher Mitarbeiter durchkämmt: Kirchenangestellte ohne kirchlichen Trauschein mußten gehen, Kindergärtnerinnen mit der falschen Konfession wurde gekündigt; Religionslehrer, die ihre Kinder nicht früh genug oder gar protestantisch taufen ließen, verloren die kirchliche Lehrbefugnis; heiratswillige, aber dem Zölibat verpflichtete Theologieprofessoren wurden von katholischen Fakultäten verwiesen, aufgeschlossene, in der Euphorie der Konzilszeit verfaßte Glaubensbücher durch rechtgläubige, von den Bischöfen autorisierte Katechismen ersetzt.

Gefahr witterten die Bischöfe wieder vornehmlich von links. Der Student Günter Rausch wurde von der Katholischen Fachhochschule Freiburg zwangsexmatrikuliert, weil er auf dem Schulgelände „rote blätter“ vom Marxistischen Studentenbund Spartakus anbot. Die Regensburger Sozialarbeiterin Ute Schilde fand bei ihrer Rückkehr aus dem Urlaub einen Kündigungsbrief der Katholischen Jugendfürsorge vor.

Kündigungsgründe: Sie habe einen Aufruf „Schützt die bürgerlichen Rechte“ mitunterzeichnet, sei auf kommunistischen Veranstaltungen gesehen worden und zeichne für ein Plakat verantwortlich, das den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger und den von Filbinger 1945 zum Tode verurteilten Matrosen Gröger zeigte. Kirchen-Urteil: „Diffamierung eines christlich-demokratischen Politikers.“

Der Unerbittlichkeit nach innen folgte die größere Härte nach außen. Merklich häufiger und lautstärker als in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts protestierten deutsche Bischöfe wieder: gegen Koop-Schulen und schulischen Sexualkundeunterricht, gegen die Reform des Ehescheidungs- und des Sorgerechts, gegen Judos, Jusos und die „radikalen Gesellschaftsveränderer in den Massenmedien“.

Behutsamer eingestellte Bischöfe wie der Limburger Wilhelm Kempf oder der Trierer Bernhard Stein, der Paderborner Johannes Joachim Degenhardt oder der Aachener Hemmerle werden in der Bischofskonferenz von den konservativen Wortführern überrollt. Die meisten Oberhirten, verriet einmal der damalige Münsteraner Bischof Heinrich Tenhumberg, „sind ohne eigene Meinung oder artikulieren sie nie“.

Nach innen abschotten und nach außen losschlagen — diese neue Kirchenstrategie verkörpert wie kein anderer Joseph Kardinal Höffner, 73, seit 1969 Erzbischof von Köln und nach dem Tode Döpfners Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

Der Westerwälder Bauernsohn, der vor dem Zweiten Weltkrieg acht Jahre lang Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom studierte und nach dem Krieg erst Professor für christliche Soziallehre am Trierer Priesterseminar (1945 bis 1951), dann Professor für christliche Sozialwissenschaften an der Universität Münster (bis 1962) war, stand zeitlebens allem Progressiven skeptisch bis ablehnend gegenüber.



Aachener Bischof Hemmerle*
Lascher Entwurf

Bereits in seinen Schriften aus den 50er und 60er Jahren wimmelt es von Bannflüchen: Gegen Empfängnisverhütung und Gemeinschaftsschule, gegen den „herrschenden Zeitgeist“ und die moderne Theologie, gegen Ehescheidung und die Aufhebung des Zölibats, gegen SPD, Marxismus, Kommunismus und Bolschewismus, gegen vorehelichen Verkehr und gegen den Menschen, „der an Gott rüttelt“.

Kein Wunder, daß dem Kölner Kardinal der zahme, auf politischen Ausgleich bedachte Döpfner-Kurs nicht paßte. Bereits zu Lebzeiten Döpfners beklagte er, so 1974 im „Rheinischen Merkur“, den kirchlichen „Rückzug aus dem staatlichen und gesellschaftlichen Raum“ und stocherte: „Es ist höchste Zeit, daß die

* Unter dem Schirm.